

Handlungsblockaden in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft: eine Einführung

Hinrichs, Wilhelm; Priller, Eckhard

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hinrichs, W., & Priller, E. (2001). Handlungsblockaden in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft: eine Einführung. In W. Hinrichs, & E. Priller (Hrsg.), *Handeln im Wandel: Akteurskonstellationen in der Transformation* (S. 9-28). Berlin: Ed. Sigma. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-202606>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Handlungsblockaden in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft

Eine Einführung

Wilhelm Hinrichs und Eckhard Priller

Einleitung

Anläßlich einer bilanzierenden Einschätzung der aktuellen Situation in Ostdeutschland gelangte Bundestagspräsident Wolfgang Thierse im Januar 2001 zu der heftig umstrittenen Aussage, „daß die wirtschaftliche und soziale Lage in Ostdeutschland auf der Kippe steht“ (zit. nach Dieckmann 2001). Der äußere Anlaß für die Forderungen der neuen Bundesländer nach weiteren finanziellen Unterstützungen ist die Tatsache, daß ein selbsttragender wirtschaftlicher Aufschwung ausgeblieben ist. Andere Politiker machen für diese unbefriedigende Situation eher die Inaktivität und Unfähigkeit der Ostdeutschen verantwortlich (u.a. der ehemalige Wirtschaftsminister von Sachsen-Anhalt, Matthias Gabriel). Dies lasse, so die Argumentation, eine weitere finanzielle Förderung sinnlos erscheinen.

Wäre der Befund, die Ostdeutschen seien lediglich „distanzierte Beobachter“ (Reißig 2000a, S. 55), richtig, hätte die obige Schlußfolgerung durchaus ihre Berechtigung. Denn wie es sozial um eine Gesellschaft, in diesem Fall um die „ostdeutsche Teilgesellschaft“ (vgl. Brie 1999) wirklich bestellt ist, zeigt sich wesentlich darin, inwieweit die Bürger an gesellschaftlichen Prozessen partizipieren und diese durch ihr Mittun gestalten. Anders ausgedrückt, Transformation nur auf den Institutionentransfer zu reduzieren und das Handeln der Bürger als nachrangig anzusehen, muß zu Defiziten in zwei Richtungen führen.

Zum einen bleiben auf der individuellen Ebene Bereitschaft und Fähigkeit zum Handeln sowie Engagement im wesentlichen ungenutzt. Die damit verbundenen Folgen reichen von geringer individueller Eigenverantwortung für die selbstbestimmte Gestaltung der wirtschaftlichen Lage über Unzufriedenheit und Resignation bis hin zu fehlender Sozialintegration. Zum anderen führt eine ungenügende Berücksichtigung und Nutzung von Handlungs- und Selbststeuerungspotentialen zu aufwendig gegliederten Institutionen und letztlich zu ineffi-

zienten gesellschaftlichen Strukturen, die nicht in der Lage sind, Entwicklung zu garantieren und gesellschaftliche Kohäsion zu sichern.

Den Handlungsansatz im ostdeutschen Transformationsprozeß stärker in den Mittelpunkt der Betrachtungen zu rücken, ist bisher sowohl von den Sozialwissenschaften als auch von der Politik unzureichend erfolgt. Es erhebt sich die Frage, ob nicht gerade diesem Aspekt eine Schlüsselposition für eine erfolgreiche Transformation und eine selbsttragende Entwicklung der neuen Bundesländer zukommt.

In diesem Sinne stellt sich der vorliegende Band die Aufgabe, vorhandene Handlungspotentiale, -chancen und -kompetenzen der Ostdeutschen zu identifizieren und dabei sowohl die Strukturen, Orientierungen, Muster und Alternativen des Handelns in der Transformation einzubeziehen. Angesichts der radikalen Umgestaltungen und der unterschiedlichen Lebensverhältnisse in Ost und West erscheint es naheliegend, daß das Handeln der Ostdeutschen im Vergleich zu den Westdeutschen anderen Pfaden folgt, sich anderen Themenschwerpunkten zuwendet, auf spezifische Strukturen, Chancen und Barrieren trifft.

Um das Handeln der Bürger für die weitere Entwicklung fruchtbar zu machen und dieses brachliegende Kapital umfassender zu nutzen, bedarf es folglich besonderer objektiver Handlungsvoraussetzungen und der Förderung spezifischer Fähigkeiten. Die vorherrschende Auffassung, daß ein gesellschaftlicher Umbau allein durch einen extern definierten Institutionentransfer und neue Strukturen „automatisch“ zu entsprechenden Orientierungen und Aktivitäten führe, hat sich angesichts der Bilanz der bisherigen Entwicklung als nicht tragfähig erwiesen.

Im Rahmen dieser Einführung soll zunächst analysiert werden, inwiefern die Transformationsforschung in den vergangenen Jahren das Handeln der Ostdeutschen zum Gegenstand ihrer Untersuchungen machte und zu welchen Resultaten sie dabei kam. Auf diesem Hintergrund werden danach Aufbau und Beiträge des vorliegenden Bandes kurz vorgestellt. Gestützt auf deren Hauptaussagen wird schließlich ein vorläufiges Fazit gezogen und damit ein verändertes Herangehen von Forschung und Politik an die Transformationsthematik postuliert.

Das Handeln der Ostdeutschen – diagnostiziert in der Transformationsforschung?

Ein kurzer Blick auf die Ergebnisse der bisherigen Transformationsforschung zeigt: „Kaum ein soziales Geschehen der deutschen Geschichte ist besser aufgearbeitet worden als der Umbruch in Ostdeutschland. Der weiße Fleck DDR wurde getilgt“ (Hofmann 2000, S. 25). Über 5.500 Publikationen wurden bislang

über die ostdeutsche Transformation verfaßt (Reißig 2000b, S. 17). Ein von der großen Mehrheit der Forscher geteiltes Hauptergebnis aus dem in über einem Jahrzehnt errichteten empirischen Wissensberg läßt sich wie folgt zusammenfassen: „Heute sieht man deutlicher, daß die infrastrukturelle Übertragung erstaunlich gut gelang, daß nun aber aus den zwei Gesellschaften, die selbst die Honecker-Führung mit interpretatorischen Klimmzügen einer Nationalität (wenn auch in zwei Nationen und selbstverständlich zwei Staaten) zuordnete, inzwischen – so die These – ein Staat mit zwei Gesellschaften geworden sei“ (Rehberg 2000, S. 17). Gleichzeitig läßt sich feststellen: Mittels intensiver empirischer „Durchleuchtung“ hat man die Ostdeutschen, ihre Reaktionen, Einschätzungen und ihr Verhalten zwar beschreiben, aber weitgehend nicht erklären können. Es stellt sich deshalb die Frage, inwieweit die Ursachen für dieses unbefriedigende Ergebnis in der Transformationsforschung selbst zu suchen sind.

Zapf (2000, S. 160) betont unter der Fragestellung „Wie kann man die deutsche Vereinigung bilanzieren?“ den Stellenwert des methodischen Herangehens und der Ergebnisse einer solchen Bilanz. Während er die Methodenfrage bei der Bilanzierung als einfach zu beantworten ansieht und beispielhaft den Vergleich von Zielen und Ergebnissen, Gewinnen und Verlusten, Aktiva und Passiva anführt, bestehen nach seiner Auffassung bei der Bilanzierung der Ergebnisse größere Probleme. Sie resultieren daraus, daß hier mit einfließt, wer die Ziele setzt, wessen Ziele sich durchsetzen und wer die Ergebnisse bewertet. Besonders zu unterstreichen ist darüber hinaus sein Hinweis zur Berücksichtigung der zeitlichen und räumlichen Perspektive bei der Betrachtung der Transformation. Zeitlich gesehen kann man demnach eine Bewertung zum heutigen Zeitpunkt, zum Zeitpunkt des Umbruchs 1989 oder aus längerfristiger Perspektive vornehmen. Räumlich werden Vergleiche zwischen Ostdeutschland und Westdeutschland und international zwischen den postkommunistischen Transformationsgesellschaften oder zwischen west- und osteuropäischen Ländern genannt (ebd.).

Nach Bulmahn (1997, S. 29f.) lassen sich ab 1990 zwei dominierende Theoreme in der Transformationsforschung erkennen – ein modernisierungstheoretisch geleiteter und ein akteurstheoretisch begründeter Diskurs. Während der modernisierungstheoretische Ansatz sein Erkenntnisinteresse auf die Makroebene und die Übertragung der Basisstrukturen und -institutionen richtet, hat der akteurstheoretische Ansatz vor allem die Steuerbarkeit und Gestaltung der Transformation durch individuelle und kollektive Akteure im Blick (ebd.). Häufig reduziert sich dies allerdings auf die Betrachtung von Eliten, so daß der Ansatz seinen Anspruch nur partiell erfüllt.

Eine andere Ebene in der Transformationsforschung stellen die totalitarismustheoretisch begründeten Erklärungsansätze dar (vgl. u.a. Glaebner 1995; Jesse 1996; Heydemann/Jesse 1998). „Nach 1990 gab es eine Renaissance der Totali-

tarismustheorie in der Transformationsforschung. So bildete diese Theorie die Grundlage der Arbeit der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (Hofmann 2000, S. 25f.).

Handlungstheoretische Erklärungsansätze, die die Alltagswelt und das Handeln der betroffenen Menschen in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft in den Blick nehmen, finden sich nur in geringem Maße und werden bis in die Gegenwart eher den Sozialpsychologen überlassen. In diesem Sinne konstatiert Bulmahn (1997, S. 36): „Das Handeln nichtpolitischer Akteure wird nur vereinzelt konzeptionell berücksichtigt. In den meisten Abhandlungen ist die Perspektive auf westdeutsche Eliten verengt. Ostdeutsche Akteure, beispielsweise die ostdeutschen Bürgerbewegungen, kommen selbst Anfang der 90er Jahre kaum vor.“

Es mag angehen, wenn innerhalb der abstrakten, auf der systemischen Makroebene angesiedelten Modernisierungs- und Totalitarismustheorie das alltägliche Handeln der Bürger nicht zum besonderen Forschungsgegenstand wird. Sofern aber dennoch das Handeln der Betroffenen in den Blick gerät, wird es im Rahmen dieser Ansätze als nicht berücksichtigungswert erachtet. So stellen beispielsweise Kaase und Lepsius (2001, S. 352), auf die besondere Situation Ostdeutschlands eingehend, fest: „Sicherlich besteht ein grundlegender Unterschied zwischen Deutschland und den anderen Übergangsgesellschaften darin, daß die Transformationen in Mittel- und Osteuropa prinzipiell ergebnisoffen sind.“ Eine solche Möglichkeit „besteht für das vereinigte Deutschland jedoch nicht ...“ (ebd.). Doch wenn innerhalb einer Transformation kein Raum für ergebnisoffene Prozesse bleibt, bedeutet dieses letztendlich Verzicht auf unterschiedliche Ziele und Muster eigenständigen Handelns, d.h. potentiell andere Ergebnisse und Entwicklungen werden nicht in Betracht gezogen. Falls das Handeln in entsprechenden Studien Berücksichtigung findet, wird bezweifelt, ob die Ostdeutschen sozialisationsbedingt überhaupt in der Lage seien, in Demokratien autonom zu handeln. Die von Gabriel (2001, S. 101) vertretene Position ist hierfür symptomatisch: „Da auf dem Boden Ostdeutschlands bis zum Jahre 1990 niemals eine stabile und funktionsfähige liberal-pluralistische Demokratie existierte und das DDR-Regime sich nahtlos in die kollektivistische, etatistische, antipluralistische politische Tradition Deutschlands einfügte, stellt sich die Frage, wie denn eine Unterstützung der Werte, Normen, Institutionen und Spielregeln einer liberalen Demokratie westlicher Prägung durch die ostdeutsche Bevölkerung überhaupt zustande gekommen sein könnte.“

Den Hintergrund dieser Auffassung bildet die Sozialisationsthese. Sie geht von der prägenden Wirkung der Werte aus der DDR-Zeit aus und läßt längerfristige historische Entwicklungen und die Einflüsse der aktuellen Situation außer acht.

Eine Reihe von Sozialwissenschaftlern erklärt hingegen die Besonderheiten bestimmter Einstellungen und Verhaltensweisen mit aktuellen Integrationsdefiziten, fehlenden Handlungsmöglichkeiten und Vorbehalten gegen „importierte“ Institutionen (u.a. Pollack 1997; Winkler 1999b; Walz/Brunner 1997). Für diese Erklärungsweise ist der Begriff der „Situationsthese“ gefunden worden (vgl. Fuchs et al. 1997).

Die akteurstheoretisch geführte Transformationsdiskussion, von der anzunehmen wäre, sie beschäftige sich dezidiert mit dem Handeln, wendet sich kaum der breiten Masse ostdeutscher Bürger zu. Im Mittelpunkt steht eher die Frage, ob und in welchem Ausmaß die Entwicklung in Ostdeutschland auf den verschiedenen Ebenen und in den einzelnen Bereichen durch die westdeutschen Eliten erfolgreich steuerbar und beherrschbar war bzw. ist. Begründungen und Ursachen für nichtintendierte negative wirtschaftliche und soziale Folgen werden im wesentlichen darin gesehen, daß es den westlichen Eliten aufgrund verschiedener Probleme, teilweise falscher politischer Entscheidungen, des Drucks von der Straße, einer hohen Eigendynamik und Überkomplexität der Prozesse sowie der Pfadabhängigkeiten bei der Übertragung westdeutscher Muster bislang nicht gelingen konnte, die Einheit weiter voranzubringen. Von der Transformationsforschung wird das Elitenhandeln dennoch als durchaus erfolgreich konstatiert: „Beobachter stimmen in der Einschätzung weithin überein, daß das ostdeutsche Institutionensystem inzwischen bemerkenswert gut funktioniert und darin massive Lern-, Anpassungs- und auch Professionalisierungsprozesse des politischen und administrativen Personals sichtbar macht“ (Wollmann 2001, S. 48). Tatsächlich ist es durch den Institutionentransfer gelungen, in relativ kurzer Zeit funktionale Strukturen nach westdeutschem Muster in den neuen Bundesländern zu implementieren, was in der Forschung umfangreich gewürdigt wird. Zu Recht wird auf die vielfach erreichte Verbesserung individueller Lebenslagen hingewiesen. Die Palette der Erfolgsmeldungen reicht dabei von steigenden Einkommen über Fortschritte im Wohnbereich und eine verbesserte Ausstattung der Haushalte mit Konsumgütern bis zur Reisetätigkeit der Ostdeutschen (vgl. Zapf/Habich 1999; Winkler 1999b; Statistisches Bundesamt 2000).

Gleichzeitig wird in einer Reihe von Analysen weitgehendes Unverständnis artikuliert, weshalb sich trotz positiver Ergebnisse dennoch Unzufriedenheit in Ostdeutschland ausbreitet. Angemerkt wird, daß der von Ostdeutschen gewollte Systemwechsel und die Verbesserung ihrer Lebenssituation demnach keinen entsprechenden Niederschlag im subjektiven Wohlbefinden aufweisen.

Diesen scheinbaren Widerspruch erklären wir mit folgender These: Ein Transformationsergebnis wird von den Betroffenen offenbar nur dann als erfolgreich empfunden, wenn ihnen Gelegenheit gegeben wird, die Abschaffung, Veränderung oder Neugestaltung von Strukturen, in denen sie sich bewegen, durch

ihr eigenes Handeln zu beeinflussen. Förderprogramme und finanzielle Transfers, so notwendig sie sind, werden folglich auf Dauer erfolglos bleiben, wenn es mit ihrer Hilfe nicht gelingt, zukunftsfähige Akteurskonstellationen zu installieren, in denen Ostdeutsche ihren Platz für das eigene Zutun finden und die Chancen im Sinne eines eigenständigen Miteinanders offerieren.

Da die Transformationsforschung diesen Handlungsaspekt weitgehend vernachlässigte und in weiten Teilen von anderen Prämissen ausging, wurde der wichtigen Frage interner Ressourcen und Potentiale in Ostdeutschland bislang kaum ernsthaft nachgegangen. Hingegen bestimmte eine Reihe kritisch zu hinterfragender Ausgangspositionen die Forschung. Zunächst bestand eine Fehleinschätzung darin zu behaupten, den Ostdeutschen sei aufgrund ihrer DDR-Erfahrung per se eine „Versorgungsmentalität“, „Unengagiertheit“ und „Larmoyanz“ zu unterstellen. So wurden die ostdeutschen Bürger Anfang der 90er Jahre verbreitet als resignierte, angepaßte Menschen charakterisiert, die sich sowohl durch ein Wissensmanko als auch durch eine starke Vereinnahmung und Verkollektivierung des einzelnen auszeichneten. „Die Ostdeutschen wurden latent als eine Spezies konstruiert, die demokratieunfähig, autoritätsgläubig und konservativ sei“ (Akbe/Gibas 2000, S. 32). Ihre angeblichen „Deformationen“ führte man auf Wirkungen des sozialistischen Systems zurück, die erst mit der Zeit verblassen würden: „Vierzig Jahre antrainierte Unselbständigkeit lassen sich nicht einfach abschütteln. Der Wandel von Befehlsempfängern zu eigeninitiativen und selbstbewußt handelnden Arbeitnehmern braucht Zeit“ (Weidenfeld/Korte 1991, S. 8).

Bei diesen Positionen blieb gänzlich unberücksichtigt, daß das totalitäre System, die Planwirtschaft, der Mangel und die Widersinnigkeiten von „oben“ gerade praktische Vernunft, qualifiziertes und situationsbezogenes Handeln von „unten“ erforderlich machten. Dies war u.a. Voraussetzung dafür, daß das individuelle alltägliche Leben, die Wirtschaft und die Gesellschaft überhaupt so lange funktionierten.

Die Virtuosität bei der Überwindung von Versorgungsengpässen in den Betrieben und im privaten Bereich in der DDR wurde Anfang der 90er Jahre in den Sozialwissenschaften als eine spezifische Fähigkeit der Ostdeutschen hervorgehoben. So äußern Berger und andere bezogen auf die Aktivitäten der privaten Haushalte: „Entgegen den begrenzten Funktionszuweisungen durch die offizielle Politik entwickelten und realisierten die Privathaushalte in den verschiedenen Etappen der DDR-Entwicklung eigenständige Aktivitätsmuster, um unter den Bedingungen allgemeinen Mangels selbstbestimmte Ziele des Lebensstandards und der Lebensqualität zu erreichen“ (Berger et al. 1999, S. 21).

Aufgrund ihres hohen Qualifikationsniveaus und ihrer soliden Grundausbildung bezeichnete man sie oft als „Meister der Improvisation“, die mit ihren

Erfahrungen in der Teamarbeit besonders für neue Produktionsmethoden geeignet seien (vgl. Windolf et al. 1999, S. 62). Über spezielle Fähigkeiten und Kompetenzen als Handlungsvoraussetzungen verfügten die Ostdeutschen nicht nur im Erwerbsleben. Die Sicherung eines annehmbaren Lebensniveaus, das weithin nur im Rahmen informeller Netze möglich war, erforderte in hohem Maße Kreativität und Aktivität der Menschen. Die Übersiedelung und lebensgefährliche Flucht von 4,5 Millionen DDR-Bürgern nach Westdeutschland in der Zeit von 1950 bis 1988 widerspricht des weiteren der These von einem vorausseilenden Gehorsam gegenüber einem undemokratischen System. Die DDR war keine homogene Gesellschaft, humane Werte und Orientierungen wurden beispielsweise durch Kirche, intellektuell-künstlerische und andere informelle Kreise oder im privaten Bereich aufrechterhalten und gepflegt. „Nur“ zwei Prozent der Bevölkerung ließen sich zu Zuträgern und Handlangern der Staatssicherheit machen. Und Montagsdemonstrationen in Leipzig oder den 4. November 1989 auf dem Alexanderplatz in Berlin, wo Hunderttausende nach demokratischer Umgestaltung riefen, hätte es nach dem Verständnis der modernisierungs- und totalitarismustheoretischen Transformationsforschung nicht geben dürfen. Wenig spricht für eine „Deformationsthese“, die ein Handeln der Ostdeutschen in der Transformation ausschließt (Pollack 1997). Vieles spricht dagegen für einen starken Willen der Ostdeutschen, in der Umbruchphase Chancen der Lebensgestaltung zu nutzen. Und sie zeigen ein hohes Maß an Handlungskontrolle, das es ihnen gestattet, sich auf die neuen Verhältnisse einzustellen.

Zu fragen ist in diesem Zusammenhang, ob die realen Umstände und Defizite in der DDR in verschiedener Hinsicht nicht sogar ein Mehr an Initiative, Kommunikation, Selbständigkeit und letztlich an autonomem Handeln erforderten und bewirkten als die stärker verregelten, durch Marktmechanismen und demokratische Strukturen geprägten Verhältnisse in den alten Bundesländern. Empirische Belege zu dieser These sind retrospektiv nur noch schwer zu gewinnen. Dies gilt ebenso für die Annahme, daß die Ostdeutschen durch ihre „realsozialistischen“ Erfahrungen ein ausgeprägtes „Feingefühl“ dafür ausgebildet haben, unter welchen Bedingungen das eigene Handeln Chancen hat, erfolgreich zu sein. Dieser Realitätssinn war unter den DDR-Bedingungen lebenswichtig, denn eine „falsche“ Aktivität oder ein „Zu-weit-Gehen“ konnte, wie viele Beispiele zeigen, wegen des Fehlens persönlicher Freiheiten durchaus in Repressionen staatlicherseits und damit in persönliche Gefährdungen umschlagen. Diese Art von Risiken ist mit der Wiedervereinigung grundsätzlich beseitigt worden. An ihre Stelle sind allerdings Gefährdungen hinsichtlich sozialer Sicherheiten getreten. Ein Nachweis, daß die Ostdeutschen über eine „besondere“ Fähigkeit gewissenhafter und realitätsnaher Abschätzung von Chancen und Risiken eigenen Handelns auch in der Transformation verfügen, könnte dazu beitragen, bestimm-

te zurückhaltende Verhaltensweisen nach 1990 zu erklären. Die oft kritisierte Aktivitätsabstinenz der Ostdeutschen ließe sich dann aus ihren Einschätzungen von Risiken bzw. einer gewissen Chancenlosigkeit ihres Handelns erklären.

Zu den Fehleinschätzungen bzw. Irrtümern der bisherigen Transformationsforschung gehört auch, daß bei der wissenschaftlichen Begleitung der deutsch-deutschen Vereinigung ein „naives mechanistisches Menschenbild zugrunde gelegt wurde, das von der Annahme ausgeht, mit den veränderten sozioökonomischen Lebensverhältnissen würden sich auch Verhalten und Einstellungen entsprechend ändern“ (Trommsdorff/Kornadt 2001, S. 379). Die weitverbreitete Überzeugung, mit neuen Institutionen müßten sich früher oder später auch die Orientierungen automatisch wandeln und eine Verbesserung der objektiven Lebensbedingungen mit einer höheren Zufriedenheit quittiert werden, ist in dieser Absolutheit nicht eingetreten. Die Ursachen für die Nichtfunktionalität dieser eher simplen Vorstellung bestehen darin, daß sie zwei Tatsachen außer acht läßt. Erstens existieren menschliche Werte und Orientierungen, die gegenüber dem Einfluß von Institutionen, Lebensbedingungen oder gesellschaftlichen Systemen relativ invariant sind. Menschen wechseln nicht mit jeder objektiven Veränderung kurzerhand zu anderen Werten und Einstellungen, selbst wenn dies opportun erscheinen mag.

Zweitens werden Institutionen, Bedingungen und Rollen dann kaum internalisiert und Ausgangspunkt des Handelns, wenn sie als „fremd“ empfunden werden bzw. auf Fremdzuschreibungen beruhen. Von einer solchen Situation ist im historischen Sonderfall der ostdeutschen Transformation überwiegend auszugehen.

Dies sind zwei weitere Gründe, stärker an die vorhandenen endogenen Ressourcen und Potentiale anzuknüpfen. Das bedeutet zugleich, ein weiteres Postulat der Transformationsforschung aufzubrechen, denn neben dem mechanistischen Menschenbild bescheinigen Trommsdorff/Kornadt (ebd., S. 380) der Transformationsforschung eine ethnozentrische Sichtweise, ein „Denken, das andere nach den eigenen Gewohnheiten, Regeln und Werten beurteilt, die unreflektiert für richtig gehalten und angewendet werden. Ein solches Denken bestand im Westen insofern, als man im Grunde eine einseitige Anpassung der ostdeutschen Bevölkerung an die Gegebenheiten in Westdeutschland erwartete und für richtig hielt.“ Entsprechend war die bisherige Transformationsforschung ein Projekt, das sich ausschließlich auf den Osten bezog. „Nur ein kleiner Teil nimmt auch die Entwicklungen in Westdeutschland in den Blick“ (Bulmahn 1997, S. 36). Verbunden damit war eine radikale Negierung aller Entwicklungen, die ihren Ausgangspunkt in der DDR hatten, selbst jener, die von einzelnen Wissenschaftlern als „struktureller Vorsprung“ (Geißler 2000) bewertet werden, wie etwa der Gleichstellungsvorsprung der Frauen. Innerhalb dieses Konzepts

hatten bislang Analysen darüber, ob und inwieweit sich Ostdeutsche im Diskurs um die Gestaltung Gehör verschaffen können, kaum Platz.

Ferner ist auf zwei weitere Unterlassungen der Transformationsforschung hinzuweisen, die verhindert haben, partizipatorische Ansätze stärker zu berücksichtigen. Zum einen sei hervorgehoben, daß bei der Untersuchung von Handeln im deutsch-deutschen Kontext fast durchgängig die Besonderheiten Ost- bzw. Westdeutschlands und weniger die Gemeinsamkeiten in Ost und West ins Zentrum gerückt wurden. Dies, obwohl die Gemeinsamkeiten auf der Hand liegen. Insofern könnte man sagen, der machtvolle Ruf der Ostdeutschen „Wir sind ein Volk“ im Jahre 1989/1990 fand in der Transformationsforschung keinen Niederschlag. Die jahrhundertelange gemeinsame Geschichte, Kultur und Sprache beider Teile Deutschlands blieben, außer in der vergleichenden Milieuforschung, weitgehend unberücksichtigt. Ebenso vernachlässigt wurden die durch das westdeutsche Fernsehen vermittelte Orientierung der ostdeutschen Bevölkerung an westlichen Werten und Einstellungen sowie die Tatsache, daß durch zahlreiche Rentner- und Besuchsreisen und ein Netz formeller und informeller Kontakte menschliche Beziehungen trotz der Teilung fortbestanden. Die Einbeziehung auch dieser Aspekte hätte positive handlungstheoretische Ansätze begründen können. Statt dessen dominierten – ablesbar an den Vereinigungsmodalitäten „Privatisierung vor Sanierung“, „Rückgabe vor Entschädigung“, „konsequenter Elitenaustausch“, „Nichtanerkennung von DDR-Bildungsabschlüssen“ usw. - Abgrenzungsmodelle nicht nur in der praktischen Politik, sondern ebenfalls in der politiknahen Transformationsforschung.

Zum anderen ist festzuhalten, daß die Transformationsforschung recht selektiv vorging und manche Prozesse und Aspekte des Wandels ausblendete oder unzulässig verkürzte. So erlangt gerade in Umbruchphasen, wenn Verhältnisse und Akteure wechseln und die Komplexität von Systemen zunimmt, Vertrauen als Handlungsvoraussetzung eine ganz besondere Bedeutung. Interaktives Handeln setzt ein Mindestmaß an Vertrauen zwischen den Akteuren voraus. Vertrauen als „Mechanismus der Reduktion von sozialer Komplexität“ (Luhmann 1968) war für die Ostdeutschen in zweifacher Hinsicht relevant. So hatten sie die neuen Institutionen, Strukturen und Akteure mit einem großen Vertrauensvorschuß bedacht, der durch den schwierigen Verlauf der Transformation nach und nach aufgezehrt wurde und zunehmend in Mißtrauen umschlug. Diesen Prozeß des Wegbrechens einer entscheidenden Handlungsgrundlage hat die Transformationsforschung empirisch nur unter dem Gesichtspunkt sinkender Vertrauens- und Zufriedenheitswerte registriert, nicht aber deren Ursachen untersucht. In einem der wenigen Forschungsergebnisse zu dieser Thematik wird bezogen auf das deutsch-deutsche Akteursverhältnis und die Arbeit der Treuhandanstalt festgestellt: „Der Prozeß der betrieblichen Transformation in Ost-

deutschland ist in der Perspektive ostdeutscher Akteure ... primär als vollständiger Verlust von Informationssicherheit und Transparenz zu beschreiben, der zunächst nur schwer durch den Aufbau neuer Vertrauensbeziehungen kompensiert werden konnte“ (Windolf et al. 1999, S. 234). An anderer Stelle heißt es: „... daß sich mit dem Einzug konkurrenzkapitalistischer Regulierungsmechanismen auch das traditionale horizontale Vertrauensverhältnis zwischen den Beschäftigten verschlechtert hat und nicht selten in eine „Mißtrauensgemeinschaft“ eingemündet ist“ (ebd., S. 250). Implizit zu Vertrauen und Mißtrauen äußern sich auch Trommsdorff/Kornadt (2001, S. 283), wenn sie schreiben: „Das Bild vom unsozialen „Raubkapitalismus“ hat bei manchen Ostdeutschen zusätzlich eine Bestätigung dadurch erhalten, daß neben überheblichen Helfern auch Glücksritter und Betrüger aus dem Westen kamen und skrupellos die Chance wahrgenommen haben, aus der Unerfahrenheit der ostdeutschen Bevölkerung Profit zu schlagen. Es hätte einer überzeugenden Aufklärung bedurft ...“ Diese „Aufklärung“ ist alles in allem ausgeblieben.

Insgesamt überwoigt in der Transformationsforschung eine Sichtweise, die davon ausging, daß sich die Menschen in den neuen Bundesländern reaktiv auf die neuen Verhältnisse einstellen, sich anpassen, gewöhnen, einordnen, unterordnen, abfinden würden. Die Frage, in welchem Ausmaß gewünschte neue freiheitlich-demokratische Strukturen über Handlungsziele, -bedingungen und -prägungen der Individuen und sozialen Gruppen selbst hervorgebracht und von ihnen geformt werden, wurde in der Transformationsforschung kaum zum Thema. Genau sie gilt es aber im Sinne des so oft angemahnten Brückenschlags zwischen Makro-, Meso- und Mikroebene zu stellen (vgl. u.a. Kaase/Lepsius 2001, S. 346; Klose 1994, S. 11). Wenn auf der Mikroebene Menschen, die mit grundlegenden Veränderungen konfrontiert sind, im Rahmen des Totalitarismus- und Modernisierungskonzepts sozialisationsbedingt nicht als eigenständige Akteure gelten, wenn das Akteurskonzept nur auf das Handeln westlicher Eliten fokussiert ist und der rapide Vertrauensverlust großer Teile der ostdeutschen Bevölkerung gegenüber den Institutionen keine Berücksichtigung findet, wird die Erkenntnisfähigkeit der Forschung zwangsläufig stark eingegrenzt. Nicht zuletzt deshalb werden bestimmte Handlungsfolgen von der Transformationsforschung eher verwundert konstatiert. So stellen beispielsweise Fuchs und Klingemann (2000, S. 24) fest, daß sich in Ostdeutschland weniger als 20 Prozent der Bürger selbst für das eigene Wohlergehen verantwortlich fühlen, hingegen die große Mehrheit vom Staat erwartet, daß er für sie sorgt. Wenn dieses Resultat allein als Nachwirkung des DDR-Paternalismus interpretiert wird, greift das zu kurz. Eigenes Handlungsunvermögen wird durch Verantwortungsverlagerung auf einen „anderen“ kompensiert. Naheliegender erscheint dann, daß als „anderer“ der Staat als einziger Interessenverwalter aller Gruppen in den Vordergrund rückt.

Insofern stellt das Ergebnis keine Überraschung dar. Solche Einstellungen können jedoch nicht als unveränderliche Größen angesehen werden, die selbst nach über zehn Jahren veränderter Lebensumstände ein für allemal Bestand haben. Orientierungen lassen sich nur erklären, wenn in Rechnung gestellt wird, daß sie aus dem alltäglichen Handeln erwachsen, durch Erfahrungen verändert oder auch zugunsten neuer Orientierungen verworfen werden. Beachtet man diesen Mechanismus nicht, wird der Blick für plausible Interpretationen sowie hinreichende Erklärungen und Bewertungen von Transformationsereignissen und -prozessen verstellt.

Wenn hier vor allem kritische Anmerkungen gemacht und weniger die Erfolge als die Defizite der Transformationsforschung angesprochen wurden, so sollen deren Leistungen in keiner Weise geschmälert werden. Modernisierungs-, Totalitarismus- oder akteurstheoretische Konzepte haben zweifelsohne ihren Wert. Was sie im einzelnen an Erkenntnisfortschritten gebracht haben, hat Reißig zusammengetragen (Reißig 2000b, S. 22-26). Doch als alleinige oder entscheidende Erklärungsmodelle geraten solche Interpretationsmuster leicht in Gefahr, überstrapaziert zu werden. Wie sich zeigt, sind sie kaum geeignet, das Handeln der Ostdeutschen in der Transformation zu beschreiben, geschweige denn zu erklären. „Vor allem waren bzw. sind die Chancen für neue Einsichten und Erkenntnisse größer als sie bis heute in den Sozialwissenschaften genutzt wurden“ (ebd., S. 26). Wesentliche Erkenntnisfortschritte sieht Reißig darin, daß die Auffassung von Transformation als „linearem Anpassungs- und Angleichungsprozeß“, in dem endogene Potentiale keine Rolle spielen, widerlegt wurde. Genauer bestimmt wurde ihm zufolge auch das Verhältnis von „nachholender Modernisierung“ und Transformation. Dabei hat sich das Verständnis durchgesetzt, daß grundsätzlich mehrere Transformationswege vorhanden sind und Altes im Neuen weiterbesteht. Daher bildet sich in den osteuropäischen Transformationsländern auch eine „andere Gesellschaft, als die erwartete und gedachte“ heraus. Soziologie und Politikwissenschaft stehen heute mehr denn je vor der Aufgabe, einen kritischen gesamtgesellschaftlichen Ansatz zur Erklärung sozialen Wandels zu entwickeln. Hierbei ist durchaus zu prüfen, inwiefern etwa das theoretische Arsenal der Handlungssoziologie Ansätze für weitergehende Einsichten und Erkenntnisse in der Transformationsforschung und der Politik liefern kann.

Zum Aufbau und zu den Beiträgen dieses Bandes

Eine Diskussion über Handlungschancen ist nicht nur im Kontext des Zusammenhangs von Strukturen – Orientierungen – Handeln vernünftig, sondern auch

nach Lebensbereichen zweckmäßig zu führen. Strukturelle Umbrüche und neue Orientierungen setzen sich in den verschiedenen Lebensbereichen mit unterschiedlicher Stärke und in unterschiedlichem Tempo durch. Entsprechend wurden die versammelten Aufsätze in vier Teile gegliedert.

Der erste Teil „Erlebte Handlungschancen in Ostdeutschland“ enthält zwei synthetisierende Beiträge, in denen über Befindlichkeiten der Ostdeutschen berichtet wird. Es wird untersucht, warum und wie sich Werte und Einstellungen verändert haben und wie die Betroffenen selbst ihre Lage einschätzen. Der Abschnitt „Wirtschaftliches Handeln ausgewählter Gruppen“ nimmt die Situation im Arbeitsbereich und die Erwerbsverläufe der Beschäftigten in den Blick. Die Erwerbsbeteiligung hat sich als Schlüssel für Chancen und Risiken auch in anderen Lebensbereichen herausgestellt. Im Abschnitt „Entfaltungsmöglichkeiten von Organisationen und Haushalten in der ostdeutschen Transformation“ erfolgt ein Perspektivwechsel sowohl in einen anderen Lebensbereich als auch auf eine andere Ebene, von der Individual- zur intermediären Ebene. In privaten Haushalten und intermediären Organisationen wird soziales Handeln in starkem Maße konstituiert, organisiert und realisiert, Kommunikation und soziale Beziehungen werden ausgebildet und soziale Netzwerke geknüpft. Dadurch werden individuelle Handlungschancen erheblich beeinflusst. Im Teil „Regionale Disparitäten als Handlungsbedingungen“ findet schließlich die räumliche Dimension menschlichen Handelns Berücksichtigung. Strukturelle Veränderungen erfolgten in Tempo und Tiefe nicht nur differenziert nach Lebensbereichen, sondern auch deutlich nach Regionen. Abschließend wird ein Fallbeispiel des Handelns in der Transformation aus unserem unmittelbaren Forschungszusammenhang heraus gewürdigt. Es zeigt in zugespitzter Weise, wie der einzelne mit strukturellen Umbrüchen und einem Wechsel von Werten und Orientierungen umgehen kann. Im Beitrag von Gunnar Winkler wird ausgehend von der zunehmenden Zufriedenheit der ostdeutschen Bürger mit ihrer individuellen wirtschaftlichen Situation untersucht, in welchem Ausmaß sie sich in die neue Gesellschaft integriert fühlen. Bekanntlich wurde die „strukturelle Integration“ Ostdeutschlands mit der Übertragung der westdeutschen Institutionen zügig abgeschlossen. Die „kulturelle Integration“ vollzog sich nach den Darlegungen von Winkler weder durch eine automatische Übernahme der neuen kulturellen Werte noch durch plötzliche Ablegung alter Werte, wie z.B. die unterschiedlichen religiösen Bindungen in West und Ost beweisen. Alte Strukturen einer „sozialen und politischen Integration“, wie die kulturelle, sportliche und soziale Betreuung und Betätigung im Betrieb, wurden hingegen durch neue ersetzt. Die Ostdeutschen sind mit ihrem Einfluß auf die Gestaltung der neuen Strukturen in hohem Maße unzufrieden. Bezüglich der „identifikatorischen Integration“ lautet der Befund, daß die überwiegende Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung sich

weder als Bundesbürger noch als DDR-Bürger fühlt. Identifikatorische Integration als Ergebnis eigener selbstbestimmter Handlungen in den einzelnen Lebensbereichen ist bei den jüngeren Menschen am stärksten ausgeprägt und nimmt weiter zu.

In seinem Beitrag „Die mißverstandenen Ostdeutschen?“ macht Hansgünter Meyer geltend, daß nur in einigen Subbereichen der ostdeutschen Gesellschaft eine Transformation im eigentlichen Wortsinne stattgefunden hat. Der Begriff wird für die Beschreibung der Veränderungen in der Landwirtschaft, in den Schulen und zum Teil auch im unternehmerischen Mittelstand sowie im Parteienspektrum als angemessen betrachtet. Transformation bedeutet für Meyer, daß Betroffene als Akteure die Chance haben, aktiv bisherige Strukturen zu verändern oder neue schaffen zu können. Für den Institutionenaustausch und die Übertragung der Wirtschafts- und Rechtsstrukturen gilt dies nach seiner Auffassung nicht. Wissenschaftliche Lauterkeit und methodische Sorgfalt werden angemahnt, wenn aus Gewalt und Gewaltneigung im Osten als individuellen Verhaltensweisen bestimmter Altersgruppen additiv eine besondere Populationsmentalität generiert oder aus Sozialisierungserfahrungen einzelner Menschen bzw. von Kleinstgruppen auf massenpsychologische Phänomene des Rechtsradikalismus geschlossen wird. Meyer macht innerhalb der Transformationsforschung ein Erklärungs- und Methodendefizit bei der Einordnung von Mikrodaten in den historischen Prozeß aus. Als mögliche Abhilfe empfiehlt er, zur Erklärung der Wandlungsprozesse in Ostdeutschland vorhandene theoretische Erkenntnisse über relativ entwickelte, weniger entwickelte und zurückgebliebene Gesellschaften stärker zu nutzen. Die Leistungsfähigkeit der Theorie des „Matthäus-Effekts“ wird dargelegt und statt eines „Transfers ad infinitum“ eine „Koevolution differenter Systeme“ als Steuerungsmodell vorgeschlagen.

Drei Beiträge beschäftigen sich mit dem wirtschaftlichen Handeln spezieller Gruppen. Zunächst untersucht Ingrid Hölzler „Wahlmöglichkeiten von Frauen in Beruf und Familie“ und resümiert als Ergebnis gesellschaftlichen Wandels eine gebliebene bzw. sich verstärkende ökonomische Abhängigkeit der Frau vom Mann. Sie befürchtet ein Wiederaufleben tradierter Werte und Einstellungen in Ostdeutschland. Als entscheidende Voraussetzungen zur Verhinderung des Weiterlebens und der Auferstehung traditioneller Klischees werden die Beseitigung von Beschäftigungsbarrieren, die gesellschaftliche Anerkennung von Familienarbeit sowie qualitativ gute und quantitativ ausreichende Kinderbetreuungseinrichtungen genannt. Im zweiten Beitrag nimmt Toni Hahn die Handlungschancen und -spielräume ostdeutscher Arbeitsloser in den Blick. Ausgehend vom hohen Stellenwert der Arbeit und des Erfolgs im Beruf in der Wertehierarchie Ostdeutscher werden unterschiedliche Arbeitslosenkarrieren untersucht. Ein Drittel der Verläufe von Arbeitslosigkeit nimmt einen positiven,

zwei Drittel nehmen einen eher negativen Ausgang. Mit der Dauer von Arbeitslosigkeit schwinden Handlungsmotivation und -kompetenz, die Chancen für eine Wiederbeschäftigung sinken. Als bestimmende personale Merkmale für einen günstigen oder eher ungünstigen Verlauf werden Teilnahme an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, gesundheitliche Beeinträchtigung, Qualifikation und körperliche Belastbarkeit ermittelt. Doch die entscheidende Determinante für eine Wiederbeschäftigung liegt außerhalb der Einflußmöglichkeit Betroffener. Im Konkurrieren um das knappe Gut Arbeit sind diejenigen im Vorteil, die mit Merkmalen ausgestattet sind, welche dem Bedarf am Arbeitsmarkt entsprechen. Motivation, Eigeninitiative, Ausdauer bei der Arbeitssuche, Anpassungsbereitschaft, Zugeständnisse usw. sind notwendige, aber keine hinreichenden Voraussetzungen für einen Wiedereinstieg.

Im dritten Aufsatz beschäftigt sich Claudia Neu mit den Handlungs- und Gestaltungschancen von Mitgliedern landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften. Es wird dargestellt, daß die langfristige historische Entwicklung der Agrarstrukturen in der sowjetischen Besatzungszone/DDR von 1945-1989 zur Konstituierung und Konsolidierung des genossenschaftlichen Eigentums führte. Da dieses 1990 als zurechenbares individuelles Eigentum galt, unterstand es nicht der Verfügungsgewalt der Treuhand. Dadurch und aufgrund weiterexistierender effizienter Verbandsstrukturen bot sich den Genossenschaftsmitgliedern die Möglichkeit, in einem bestimmten Maße als Akteure selbstbestimmt und kooperativ zu handeln. Auf diese Weise konnten bewährte Strukturen erhalten, verändert und neue Formen geschaffen werden, so daß heute eine breite Palette unterschiedlicher landwirtschaftlicher Betriebe existiert, die alles in allem den traditionellen westdeutschen Familienbetrieben überlegen sind. Freilich wurden Handlungsfähigkeit und Handlungserfolg auch von subjektiv-personalen Merkmalen beeinflusst. Die höchste Überlebenswahrscheinlichkeit als genossenschaftliche Akteure hatten hochqualifizierte männliche Leiter landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften, während weibliche Beschäftigte ohne beruflichen Abschluß am ehesten herausfielen.

Drei Beiträge haben Handlungsmöglichkeiten von Organisationen und privaten Haushalten in der ostdeutschen Transformation zum Thema.

Eckhard Priller stellt in seinem Beitrag zum Dritten Sektor in Ostdeutschland auf der Grundlage einer empirischen Untersuchung von Nonprofit-Organisationen eine weitgehende Angleichung an westdeutsche Muster fest. Dieser Sektor hat im Vergleich zu den Marktunternehmen, dem politischen System oder zu den Lebensbedingungen ein höheres Angleichungsniveau erreicht und sich im Verlauf der Transformation eindrucksvoll etabliert. Der Erfolg des Dritten Sektors in Ostdeutschland basiert erstens auf einem engen Zusammenwirken von rechtsstaatlichen Rahmenbedingungen, die den besonderen transformationsspe-

zifischen Gegebenheiten mit ihren vielfältigen sozialen Problemlagen entsprechen. Zweitens beruht er auf der Unterstützung durch die beachtlichen Transfermittel für die Anschubfinanzierung von Nonprofit-Organisationen. Schließlich spielt die umfassende Nutzung spezifischer ostdeutscher Potentiale vor Ort eine bedeutende Rolle, d.h. die Schaffung von Freiräumen und ihre breite Ausschöpfung durch die Ostdeutschen mittels Einbringung von Kompetenzen, vorhandenen Fähigkeiten und Kenntnissen in die Neugestaltung der ostdeutschen Transformationsgesellschaft. Ein Weg, so wird betont, der im bisherigen Transformationsprozeß in dieser Kombination viel zu wenig beschritten wurde.

Annett Schultz analysiert anhand der Einkommenserzielung ostdeutscher Haushalte, wie ihnen der Spagat zwischen Beschäftigungskrise und Transferabhängigkeit gelingt. Das Haushaltsmanagement ist stark von einer hohen Transferabhängigkeit beeinflusst, die in der öffentlichen Meinung oft mit Inaktivität und Anspruchsdenken gegenüber dem Staat in Verbindung gebracht wird. Die Autorin zeigt, daß ein umgekehrter Zusammenhang besteht. Sozialpolitische Leistungen werden weitgehend in Abhängigkeit von Aktivitäten auf dem Arbeitsmarkt gewährt. Der hohe Anteil sozialpolitischer Leistungen ist deshalb ein deutliches Anzeichen für anhaltende Aktivitäten der Ostdeutschen auf dem Arbeitsmarkt. Das Handeln der privaten Haushalte in der Transformation ist in zweifacher Hinsicht blockiert. Einerseits stehen weder alternative westdeutsche Muster der Einkommenserzielung (z.B. Einkommen aus Vermögen) noch alte DDR-Muster (z.B. Produktion von Gütern für den Markt) zur Verfügung. Andererseits wurden die „normalen“ standardisierten westdeutschen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wirksam, die die entstandene Handlungslücke nicht schließen können. So sind ostdeutsche Haushalte zur Sicherung ihrer sozialen Lage entweder auf eine abhängige Berufsarbeit oder auf verschiedenerlei innovative Strategien der Einkommensverwendung verwiesen.

Nahtlos an notwendige kreative Strategien des Ausgabeverhaltens in den Haushalten schließt der Beitrag von Michael-Burkhard Piorkowsky an, der ein Modell präventiver Einkommens- und Budgetberatung für die privaten Haushalte vorstellt. In der DDR wurden den Haushalten in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit wohlfahrtsrelevante Ressourcen, Waren und Dienstleistungen über die staatliche Sozialpolitik zugewiesen. Nunmehr müssen die Haushalte ihre Beziehungen zu den weiteren Wohlfahrtsproduzenten eigenverantwortlich und selbständig gestalten. Dadurch eröffnen sich bislang unbekannte Chancen, aber die alltägliche Lebensführung ist zugleich mit neuen Anforderungen und Risiken verbunden. Mangelnde Handlungsfähigkeit tritt vor allem in mittleren und unteren Einkommensschichten auf, die vorrangig Adressat von Informationen zur Bewältigung von Managementaufgaben der Privathaushalte innerhalb dieses Beratungsmodells sind. Information und Beratung

werden letztlich zum Humanvermögen, das die Handlungskompetenz bei der Bewältigung des Transformationsalltags erhöht und auch anderen örtlichen Akteuren zugute kommt.

Abschließend stehen regionale Disparitäten in den Handlungsbedingungen im Mittelpunkt. Wilhelm Hinrichs weist mit seinen Ausführungen zur regionalen Mobilität nach, daß die räumliche Bewegungsfreiheit von Individuen und Haushalten in Ostdeutschland nach 1990 sehr viel größer wurde, wodurch sich die tatsächliche Mobilität (alltägliche Verkehrsmobilität, Binnenwanderungen, Stadt-Umland-Wanderungen) enorm erhöhte. Allerdings ist das höhere Ausmaß an eigenverantwortlicher regionaler Mobilität nur zum Teil individuell erwünscht und gewollt, partiell ist es auch strukturell erzwungen. Als Merkmale, die die Inanspruchnahme der neuen Mobilitätsoptionen am stärksten beeinflussen, erweisen sich insbesondere das Alter, die Haushalts- und Lebensform sowie die finanzielle Ausstattung der Haushalte. Vorrangig jüngere, qualifizierte Gruppen, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen, konnten mit Hilfe zirkulärer und residentieller Mobilität ihre Lebensqualität verbessern. Deutlich eingeschränkt sind demgegenüber die Handlungsspielräume Älterer, Alleinlebender, Alleinerziehender und Erwerbsloser, mithin von Haushalten, die häufig nur ein unterdurchschnittliches Einkommen realisieren bzw. auf die bekannten unterprivilegierten Gruppen verweisen.

Arndt Ullmann fragt in seinem Bericht über Unternehmensgründungen nach Chancen und Risiken des Überlebens von jungen Klein- und Mittelbetrieben im Freistaat Sachsen. Er führt aus, daß gerade in Sachsen eine von langen Traditionen geprägte Kultur der Selbständigkeit, die die DDR überdauerte, existiert. Das Gründungsgeschehen im Freistaat Sachsen verliert zunehmend seine soziale Exklusivität und wird, wie in den alten Bundesländern auch, von jungen qualifizierten Menschen mit Visionen getragen, die ihr Leben als Wirtschaftssubjekt selbst bestimmen wollen. Als vorrangige Ziele gelten gleichwohl Sicherung der Familienexistenz und Überleben am Markt. Starke individuelle Motivation und ein hohes Maß an Engagement und Verantwortung der Unternehmensgründer können strukturelle Defizite und Barrieren nicht ausgleichen. Die entscheidenden strukturellen Blockaden bestehen in der Benachteiligung von Klein- und Mittelbetrieben bei Subventionen, in der unbegründeten Zurückhaltung der Hausbanken bei der Genehmigung von Förderanträgen und der ungenügenden Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien in den Unternehmen.

Von den osteuropäischen Ländern, die der Europäischen Union beitreten wollen, ist wohl Tschechien jenes Land, das aufgrund der geographischen Nähe und der langfristigen historischen Entwicklung zu Ostdeutschland die engsten kulturellen Beziehungen hat. Daher berichtet Michal Illner über regionale Differen-

zierungsprozesse im Zuge der Transformation in der Tschechischen Republik. Dezentralisiertes Regierungs- und Verwaltungshandeln werden als wichtiger Bestandteil des Systemwechsels angesehen. Bewertungsmaßstab sollte die Schaffung erfolgreicher regionaler Einheiten sein, die einen Beitrag zur demokratischen Umstrukturierung und zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung leisten. Seit Januar 2000 ist Tschechien in 14 Regionen bzw. Distrikte gegliedert. Gute Entwicklungschancen haben Regionen und Zentren mit hohen privaten und ausländischen Investitionen, wie etwa die westlichen Gebiete, Prag und Brno. Ein schweres Handicap für regionale Entwicklungschancen sind demgegenüber Umweltbelastungen, wie sie etwa im Norden Tschechiens auftreten. Grundlage erfolgreicher dezentraler Entwicklung können auch historische und kulturelle Besonderheiten verbunden mit Tourismus sein. Insgesamt wird der Schluß gezogen, daß Regionalisierung an der Wohlfahrt der Bürger auszurichten ist und daher nicht übereilt und um jeden Preis durchgesetzt werden sollte.

Die abschließenden Texte von Wolfgang Zapf und Horst Berger haben einen persönlichen Charakter und wurden „aus gegebenem Anlaß“ verfaßt. Wolfgang Zapf würdigt den beruflichen Werdegang von Horst Berger bis zur Wende und zieht eine Bilanz der Integration der Forschungsgruppe „Sozialindikatoren/Sozialstatistik“ der Akademie der Wissenschaften der DDR in das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung ab 1992. Davor stellt Horst Berger seine bemerkenswerte Berufsbiographie vor und erläutert ein Hauptergebnis seiner eigenen Transformationsforschung. Das übergeordnete Ziel der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland hält er nur bei Freisetzung bzw. Entwicklung endogener Handlungspotentiale in Ostdeutschland und einer deutlichen Verbesserung der Erwerbschancen für erreichbar. Die materielle Besserstellung der Ostdeutschen, verglichen mit der Bevölkerung in anderen Transformationsstaaten, kann nach seinem Dafürhalten keine dauerhafte Ungleichheit der Lebensbedingungen in Ost und West rechtfertigen.

Fazit

Obwohl die einzelnen Beiträge recht unterschiedliche Handlungsfelder betrachten, können am Beispiel Ostdeutschlands einige generalisierende Schlußfolgerungen für ein wirksames Handeln in der Transformation abgeleitet werden.

Handeln ist demnach immer dann erfolgreich, wenn wirtschaftliche, soziale und politische *Veränderungen mit den Orientierungen der Bevölkerung kompatibel* sind. Das zeigt u.a. die dynamische Entwicklung der Gruppe der Selbständigen und der mithelfenden Familienangehörigen, die in der DDR auf einen unbedeutenden Restbestand geschrumpft waren, obwohl der Wunsch zur Selbst-

ständigkeit stark ausgeprägt war. Vom Schritt in die Selbständigkeit haben seit 1990 Hunderttausende Gebrauch gemacht. Viele sind diesen Weg freiwillig gegangen, manche auch mangels Alternativen auf dem Arbeitsmarkt.

Im Bereich der räumlichen Freizügigkeit und Mobilität treffen die neuen Strukturen ebenfalls auf vorhandene Werte und Erwartungen der Ostdeutschen. Heute bestehen hinsichtlich der Umzugsmobilität oder der Reisetätigkeit praktisch keine Ost-West-Unterschiede mehr.

Die ehemaligen DDR-Bürger haben darüber hinaus dort gute Handlungschancen, wo *die veränderten sozialen Strukturen in gewisser Weise offen sind und Raum für eigene Handlungsziele und -entwürfe bieten*. Beispiele hierfür sind die private Haushaltsführung auf der Grundlage höherer Einkommen und erweiterter Konsumangebote, die Praktizierung neuer Familienformen oder die selbstbestimmte Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern. Hier existieren kaum „fremde“ Orientierungsvorgaben und Erwartungen. Das breite Spektrum vorhandener Varianten und Muster läßt Ost-West-Unterschiede zu.

Ferner werden effektive Handlungswirkungen dort erzeugt, wo *Spielräume für selbstbestimmtes Mittun und die Schaffung neuer Strukturen im Rahmen des Institutionentransfers* bleiben. Als Beispiel für ein solches zielstrebiges interaktives Handeln kann die in den neuen Bundesländern entstandene vielfältige Vereinslandschaft angesehen werden. Sowohl das Gründungsgeschehen als auch die Arbeit in diesen zivilgesellschaftlichen Organisationen vor Ort wird zum größten Teil durch die Ostdeutschen getragen. Schließlich sind erfolgreiches Handeln und manifeste Wirkungen dort festzustellen, wo *die Ostdeutschen auf noch intakte Strukturen zurückgreifen oder diese Strukturen selbstbestimmt modifizieren können*. Belege hierfür finden sich in der Genossenschaftsentwicklung in der Landwirtschaft oder in manchen Bereichen des Dritten Sektors.

Alle diese Handlungsmuster sind letztlich kreative Lösungen, die trotz makrostruktureller Chancendefizite gefunden wurden. Dabei handelt es sich aber nur um Lösungen in einzelnen Subbereichen und auf der individuellen Ebene, die für sich genommen nicht gewährleisten, daß die Ostdeutschen aus der Perspektive sozialen Handelns in breitem Umfang in die bundesrepublikanische Gesellschaft integriert werden. Dies läßt sich nur dann erreichen, wenn sie dezidiert an der Implementation, Veränderung und Neugestaltung der grundlegenden sozialen Strukturen, innerhalb derer sie leben, beteiligt werden.

Aus Sicht der Praxis läßt sich resümieren, daß die Vereinigung sich nicht auf eine ökonomische Aufgabe reduzieren läßt, die im Rahmen der Steuergesetzgebung oder des Länderfinanzausgleichs lösbar ist. In theoretischer Hinsicht erweisen sich fertige Konzepte, die „normal“ funktionierende Gesellschaften beschreiben, als wenig geeignet, unterschiedliches Handeln in Ost und West

ursächlich zu erklären. Dies aber ist unverzichtbar, soll das Ziel der Integration der ostdeutschen Gesellschaft gelingen.

Literatur

- Akbe, T./Gibas, M. (2000): Der Osten im vereinigten Deutschland. In: Thierse, W./Spittmann-Rühle, I./Kuppe, J. L. (Hg.): Zehn Jahre deutsche Einheit. Eine Bilanz. Opladen, S. 23-38
- Berger, H./Hinrichs, W./Priller, E./Schultz, A. (1999): Privathaushalte im Vereinigungsprozeß. Ihre soziale Lage in Ost- und Westdeutschland. Frankfurt a.M./New York
- Brie, M. (1999): Die ostdeutsche Teilgesellschaft. In: Kaase, M./Schmid, G. (Hg.): Eine lernende Demokratie. 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. WZB-Jahrbuch 1999. Berlin, S. 201-236
- Bulmahn, T. (1997): Vereinigungsbilanzen. Die deutsche Einheit im Spiegel der Sozialwissenschaften. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 40-41/97, S. 29-37
- Dieckmann, C. (2001): SPD: Wolfgang Thierse warnt vor dem Niedergang Ostdeutschlands. In: Die Zeit, Jg. 56, Nr. 2, 3. Januar 2001
- Fuchs, D./Klingemann, H.-D. (2000): Eastward Enlargement of the European Union and the Identity of Europe. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Discussion Paper FS III 00-206
- Fuchs, D./Roller, E./Weßels, B. (1997): Die Akzeptanz der Demokratie des vereinigten Deutschlands. Oder: Wann ist ein Unterschied ein Unterschied? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 51/97, S. 3-12
- Gabriel, O. W. (2001): Politische Orientierungen im vereinigten Deutschland: Auf dem Wege zur „Civic Culture“? In: Bertram, H./Kollmorgen, R. (Hg.): Die Transformation Ostdeutschlands. Opladen, S. 97-129
- Geißler, R. (2000): Sozialer Wandel in Deutschland. Informationen zur politischen Bildung, 4. Quartal, Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn
- Glaeßner, G.-J. (1995): Kommunismus – Totalitarismus – Demokratie. Studien zu einer säkularen Auseinandersetzung. Frankfurt a.M./Bern/New York
- Heydemann, G./Jesse, E. (Hg.) (1998): Diktaturenvergleich als Herausforderung. Theorie und Praxis. Berlin
- Hofmann, M. (2000): Anhang: Thesen zur soziologischen Transformationsforschung zum Artikel von Rehberg, Karl-Siegbert: „Großexperiment“ und Erfahrungsschock. Zu einer Forschungsinitiative über das Zusammenwachsen der Deutschen. In: Esser, H. (Hg.): Der Wandel nach der Wende. Gesellschaft, Wirtschaft, Politik in Ostdeutschland. Wiesbaden, S. 24-27
- Jesse, E. (Hg.) (1996): Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung. Baden-Baden
- Kaase, M./Lepsius, M. R. (2001): Transformationsforschung. In: Bertram, H./Kollmorgen, R. (Hg.): Die Transformation Ostdeutschlands. Opladen, S. 343-363
- Klose, D. (1994): Prägungen und Wandlungen ostdeutscher Identitäten. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 41/94, S. 3-11

- Luhmann, N. (1968): Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität. Stuttgart
- Pollack, D. (1997): Das Bedürfnis nach sozialer Anerkennung. Der Wandel der Akzeptanz von Demokratie und Marktwirtschaft in Ostdeutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 13/97, S. 3-14
- Rehberg, K.-S. (2000): „Großexperiment“ und Erfahrungsschock. Zu einer Forschungsinitiative über das Zusammenwachsen der Deutschen. In: Esser, H. (Hg.): Der Wandel nach der Wende. Gesellschaft, Wirtschaft, Politik in Ostdeutschland. Wiesbaden, S. 11-24
- Reißig, R. (2000a): Die Ostdeutschen – zehn Jahre nach der Wende. Einstellungen – Wertemuster – Identitätsbildungen. In: Vilmar, F. (Hg.): Zehn Jahre Vereinigungspolitik. Kritische Bilanz und humane Alternativen. Berlin, S. 51-69
- Reißig, R. (2000b): Die sozialwissenschaftliche Transformations- und Vereinigungsforschung – der Erkenntnis- und Ertragswert. In: BISS public, H. 30. Berlin, S. 7-29
- Statistisches Bundesamt (Hg.) in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen e.V. (2000): Datenreport 1999. Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe, Bd. 365. Bonn/Berlin
- Trommsdorff, G./Kornadt, H.-J. (2001): Innere Einheit im vereinigten Deutschland? Psychologische Prozesse beim sozialen Wandel. In: Bertram, H./Kollmorgen, R. (Hg.): Die Transformation Ostdeutschlands. Opladen, S. 365-387
- Walz, D./Brunner, W. (1997): Das Sein bestimmt das Bewußtsein. Oder: Warum sich die Ostdeutschen als Bürger 2. Klasse fühlen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 51/97, S. 13-19
- Weidenfeld, W./Korte, K. R. (1991): Die pragmatischen Deutschen. Zum Staats- und Nationalbewußtsein in Deutschland. Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 32/91, S. 3-12
- Windolf, P./Brinkmann, U./Kulke, D. (1999): Warum blüht der Osten nicht? Berlin
- Winkler, G. (Hg.) (1999a): Sozialreport 1999. Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern. Berlin
- Winkler, G. (1999b): Leben in Ostdeutschland – Integration und Identifikation. In: derselbe (Hg.): Sozialreport 1999. Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern. Berlin, S. 15-65
- Wollmann, H. (2001): Die Transformation der politischen und administrativen Strukturen in Ostdeutschland – zwischen „schöpferischer Zerstörung“, Umbau und Neubau. In: Bertram, H./Kollmorgen, R. (Hg.): Die Transformation Ostdeutschlands. Opladen, S. 33-52
- Zapf, W./Habich, R. (1999): Die Wohlfahrtsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1999. In: Kaase, M./Schmid, G. (Hg.): Eine lernende Demokratie. 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. WZB-Jahrbuch 1999. Berlin, S. 285-314
- Zapf, W. (2000): Wie kann man die deutsche Vereinigung bilanzieren? In: Niedermayer, O./Westle, R. (Hg.): Demokratie und Partizipation. Festschrift für Max Kaase. Opladen, S. 160-174